

Sicherheits- und Militärpolitik der Türkei

Autor(en): **Goertz, Stefan**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **186 (2020)**

Heft 10

PDF erstellt am: **18.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-905647>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Sicherheits- und Militärpolitik der Türkei

Die aktuellen türkischen Militäroffensiven in Syrien und Libyen stehen für eine neue Sicherheits- und Militärpolitik der Türkei. Sie dient dem Ziel, eine starke Regionalmacht im Mittelmeerraum zu werden. Dieser Beitrag untersucht einleitend die neue türkische Rüstungspolitik, welche die Türkei unabhängiger von westlichen Waffenlieferungen macht. Ausführlich wird danach das militärische Eingreifen der Türkei in Libyen und Syrien untersucht.

Stefan Goertz

Im Frühjahr 2020 setzte türkisches Militär in Syrien und in Libyen, wo türkische Truppen in Stellvertreterkriegen kämpfen, zum ersten Mal türkische Kampfdrohnen ein. Diese Drohnen wurden in Syrien zum ersten Mal gegen Streitkräfte eines anderen Staates eingesetzt und sie zerstörten bei Gefechten gegen syrische Regierungstruppen viele Panzer und Artilleriestellungen. Die türkische Drohne Bayraktar TB2 wird international zu den besten Drohnen ihrer Klasse gezählt.

Die neue türkische Rüstungspolitik

Diese neuen Drohnen verkörpern den Wandel in der türkischen Rüstungspolitik. Über viele Jahre war die Türkei als Land bekannt, das zwar eine grosse Armee hat, in der Rüstungspolitik aber grösstenteils auf Importe angewiesen ist. In verschiedenen westlichen Staaten waren und sind Waffenlieferungen an die Türkei umstritten.¹ Die Bertelsmann-Stiftung stufte die Türkei in ihrem neuen «Transformationsindex», der den Zustand von Demokratie und Marktwirtschaft in aller Welt untersucht, erstmals als «Autokratie» ein, und zwar «aufgrund massiver Einschränkung der Pressefreiheit, grober Missachtung von Bürgerrechten und Ausbeutung der Gewaltenteilung».² Die Schwierigkeiten, moderne Rüstungsgüter von westlichen Staaten zu kaufen, waren ein wichtiger Grund dafür, dass sich die Türkei mittlerweile auf die Entwicklung eigener Waffen verlegt und so baute die türkische Regierung in den vergangenen Jahren den Rüstungssektor systematisch aus. Aktuell führt das Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri die Türkei auf Rang 14 der weltweit grössten Rüstungsexporteure.³ Die Hauptabnehmer türkischer Waffen sind aktuell Turkmenistan,



Türkische Panzer auf dem Vormarsch in Syrien.

Bild: Bethnadrin

Oman und Pakistan. Bis 2023, dem 100. Gründungsjubiläum der türkischen Republik, soll der türkische Waffenexport von derzeit knapp drei Milliarden Dollar auf mehr als zehn Milliarden im Jahr steigen. Die türkische Luftwaffe soll ein selbst entwickeltes Kampfflugzeug erhalten und die Landstreitkräfte werden mit einem türkischen Sturmgewehr ausgerüstet. Die Flotte der türkischen Marine soll in den kommenden drei Jahren von 112 Schiffen um 24 neue verstärkt werden, darunter die «TCG Anadolu», der erste Hubschrauberträger der Türkei. Die «Anadolu» wird neben Hubschraubern und Drohnen auch amphibische Landungsschiffe und Geschütze an Bord haben und damit ein Instrument zur Machtprojektion der Türkei im ganzen Mittelmeerraum sein.⁴

Die Entwicklung türkischer Kampfdrohnen verschaffte den türkischen Streitkräften beispielsweise einen entscheidenden Vorteil im Kampf mit der kurdischen PKK. Vor der Einführung von Kampfdrohnen konnten sich kleine Trupps der PKK beinahe unbehelligt in den unwegsamen Bergen Südostanoliens bewegen, doch die neuen türkischen Kampfdrohnen stellen ein militärisch sehr wirksames Mittel gegen die PKK dar.

Das militärische Eingreifen der Türkei in Libyen

Die Türkei ist seit Monaten militärisch in Libyen präsent und setzt sich als de-facto-Protectoratsmacht militärisch, politisch und wirtschaftlich immer stärker im Bürgerkriegsland Libyen fest. Die GNA-Regierung (Government of National Accord) soll Ende Juni bereits mit der Türkei ein Abkommen zur Stationierung türkischer Truppen in Libyen geschlossen haben. Diese Vereinbarung soll den Aufbau türkischer Militärstützpunkte, die Ausbildung einer künftigen libyschen Armee und die Unterstützung aller Militäraktionen im Bürgerkriegsland Libyen fördern. Daneben soll dieses Abkommen türkische Soldaten vor jeder Verfolgung durch die libysche Justiz schützen.⁵

Seit der libysche Diktator Muammar Al Gaddafi 2011 im Zug der Arabellion («Arabischer Frühling») in Libyen gestürzt und getötet wurde – verbunden mit einem internationalen Militäreinsatz –, ist Libyen politisch gespalten und zersplittert. Die politische Macht ist in Libyen seit 2014 zweigeteilt, es existieren zwei



Türkische Soldaten bei Idlib.

Bild: epa

ihre Kampfdrohnen gegen die Milizen Haftars ein. Dafür, dass die libysche GNA-Regierung von Sarraj anerkannte, dass die türkischen Hoheitsrechte im Mittelmeer bis an die libysche Seegrenze reichen, lieferten die türkischen Streitkräfte zahlreiche Waffen und entsandten rund 4000 syrische Söldner nach Libyen.

Der Bürgerkrieg in Libyen ist zu einem Stellvertreterkrieg geworden, in dem Regionalmächte offen um geopolitischen Einfluss kämpfen. Die Türkei übt einen erheblichen Einfluss auf die GNA-Regierung aus und wird mindestens mittelfristig der womöglich stärkste regional player (Regionalmacht) in Libyen sein.

Das militärische Eingreifen der Türkei in Syrien

Die türkische Militäroffensive «Operation Friedensquelle» in Nordsyrien begann am 9.10.2019 mit Luft- und Artillerieangriffen und wurde am folgenden Tag mit einem Einmarsch türkischer Bodentruppen und verbündeter Milizen auf syrisches Staatsgebiet fortgesetzt. Ein militärisches Ziel der türkischen Militäroffensive war das Bekämpfen der kurdischen Miliz YPG, die von der türkischen Regierung als «Terrororganisation» bewertet wird. Ein weiteres militärisches Ziel der türkischen Regierung war das Errichten einer kilometerlangen sogenannten Schutzzone auf der syrischen Seite entlang der türkischen Grenze, um dort die Mehrheit der rund drei Millionen syrischen Flüchtlinge neu anzusiedeln, die vor dem syrischen Bürgerkrieg in die Türkei geflohen waren.⁹ Die türkische Regierung erachtete ihre Militäroffensive auf die Städte in Nordsyrien als völkerrechtskonform. Die «Operation Friedensquelle» ähnelt der «Operation Olivenzweig», wegen ihrer geltend gemachten Rechtfertigung. Zwei Tage nach dem Beginn der «Operation Olivenzweig» schrieb die türkische Regierung dem UN-Sicherheitsrat, der Akt sei gedeckt von Artikel 51 der UN-Charta. In der Norm steht, dass «allen Mitgliedern das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung zusteht, wenn es zu einem bewaffneten Angriff kommt». Ein Schreiben gleichen Inhalts erhielt der UN-Sicherheitsrat von der Türkei auch nach Beginn der türkischen Militäroffensive «Operation Friedensquelle». Das international renom-



TCG Anadolu; der erste türkische Flugzeugträger (im Bau).

Bild: wikipedia

Bürgerkriegsparteien, eine Regierung und eine Schattenregierung, zwei Zentralbanken und zwei Sicherheitsapparate. Der von zahlreichen Staaten anerkannte Ministerpräsident Fayez Al Sarraj führt die GNA-Regierung an und übt sein Amt seit März 2016 aus; der ehemalige General Khalifa Haftar vertritt die Schattenregierung und die Libysch-Nationale Armee (LNA) als Bürgerkriegspartei. Spätestens seit Haftar 2016 wichtige Exporthäfen für Erdöl erobern konnte, wird er auch international als politisch und militärisch «starker Mann» im Osten Libyens wahrgenommen. In der östlichen Stadt Bengasi besiegte Haftar innerhalb von drei Jahren die dschihadistischen Milizen und baute seinen Einfluss weiter aus. Die zahlreichen Milizen in Libyen profitieren vom Bürgerkriegschaos und nehmen horrenden Summen mit dem Schmuggel von Erdöl, Waffen und Menschen ein.⁶

Haftars langjährige Unterstützer sind Ägypten und die Vereinigten Arabischen Emirate. Beide Staaten sehen Salafisten und Islamisten, vor allem die Muslimbruderschaft, als Feinde an und wollen diese in Nordafrika schwächen. Daher stehen

die ägyptische Staatsführung und jene der Emirate hinter Haftar, der sich von Beginn an als Gegner von Islamisten und Dschihadisten dargestellt hat. Für Ägypten, das an Libyen grenzt, hat zudem die Sicherung der Grenze zu dem Bürgerkriegsland Priorität. Die ägyptische Regierung will verhindern, dass der Osten Libyens zum Rückzugsort für Dschihadisten wird, und sieht dafür in Haftar einen wichtigen Verbündeten.⁷

Eindeutig für die libysche GNA-Regierung und Ministerpräsident Sarraj positioniert haben sich die Türkei und Katar. Katar gilt seit 2011 als Geldgeber islamistischer und dschihadistischer Gruppierungen in Libyen. Die Türkei liefert seit einiger Zeit moderne Waffen an die GNA-Truppen. Ein UN-Bericht vom November 2019 wirft der Türkei schwere Verstöße gegen das 2011 gegen Libyen verhängte Waffenembargo vor. Die Türkei habe regelmäßig Waffen in das Bürgerkriegsland geliefert und sich dabei teilweise «nicht einmal Mühe gegeben, deren Herkunft zu verschleiern», heisst es in einem Bericht von UN-Waffenkontrolleuren.⁸ Als die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) ab Mitte April 2019 Kampfdrohnen zur Unterstützung Haftars einsetzen, zog die Türkei Mitte Mai 2019 nach und setzte

mierte Heidelberger Max-Planck-Institut für Völkerrecht bewertet die türkischen Militäroffensiven in Syrien unter dem Deckmantel von Artikel 51 der UN-Charta als problematisch: «Die gegenwärtige türkische Intervention zeigt: Die Ausdehnung eines Selbstverteidigungsrechts gegen nicht staatliche Akteure ist hochgradig missbrauchs anfällig und wird nun seitens der Türkei zur Bekämpfung der Kurden in Syrien herangezogen.»¹⁰

Am 11. Oktober 2019 forderte der türkische Aussenminister Mevlüt Çavuşoğlu «Solidarität» von den anderen Mitgliedern der NATO. Allerdings wurde die türkische Militäroffensive in Nordsyrien international weitestgehend negativ bewertet, weil die türkische Regierung ohne Mandat des UNO-Sicherheitsrats in den Krieg zog. Nach Angaben der UN wurden durch die türkische Militäroffensive in Nordsyrien innerhalb von knapp zwei Wochen mehr als 176 000 Menschen vertrieben, darunter ca. 80 000 Kinder, teilte UN-Sprecher Stéphane Dujarric mit. In der syrischen Region sei zudem wichtige Infrastruktur, unter anderem Krankenhäuser, durch die türkische Militäroffensive beschädigt worden.¹¹ Bis zum 17. Oktober zwang die türkische Militäroffensive etwa 300 000 Menschen, darunter viele Tausend Kinder, in die Flucht.¹²

Im Juni 2020 führte die Türkei türkische Lira als offizielles Zahlungsmittel in der von der Türkei kontrollierten syrischen Provinz Idlib ein. Gehälter von Angestellten der Provinzverwaltung Idlib werden bereits in Lira bezahlt statt in syrischen Pfund. Geschäfte und Tankstellen in der Region Idlib zeichnen ihre Preise in türkischer Währung aus. Die Einführung der türkischen Lira bindet Idlib noch enger an die Türkei und mit der Lira ist auch die Bezahlung pro-türkischer Milizen wie der Syrischen Nationalarmee (SNA) für Ankara einfacher. «Die Türkei versucht schon seit einer Weile, ihren Einfluss in den von ihr kontrollierten Gebieten in Syrien institutionell zu verstetigen», sagt Nahost-Experte Joe Macaron vom Arab Centre in Washington. Die Schwäche des syrischen Pfundes und neue US-Sanktionen gegen Syrien, die diese Woche in Kraft traten, verliehen diesen Bemühungen nun zusätzlichen Schwung.¹³

Gegner der türkischen Präsenz in Syrien werfen der türkischen Regierung vor, sie wolle sich Teile des südlichen Nachbarlandes einverleiben. Die Türkei betreibe die «Annexion ganzer Teile des syrischen Territoriums», sagt Thomas McClure vom

Rojava Information Center, das der YPG-Verwaltung im östlichen Teil von Nord-Syrien nahesteht. In den Gebieten sei eine «Türkifizierung» im Gange, bei der Kurden und andere Bevölkerungsgruppen vertrieben würden.¹⁴

Fazit

Die türkische Sicherheits- und Militärpolitik der Türkei unter der Regierung-Erdogan ist offensiver geworden, ohne völkerrechtliche Legitimation kämpfen türkische Truppen in Libyen und in Syrien und sind Streitkräfte eines Landes, das in der arabischen Welt mit Islamisten wie Muslimbrüdern und Salafisten kooperiert. Das türkische Militär dient der Regierung Erdogan als Instrument für eine neue Machtpolitik, im Kampf um politischen, militärischen und wirtschaftlichen Einfluss im Mittelmeerraum. ■

- <https://www.tagesspiegel.de/politik/ankaras-aufrestungsplaene-warum-die-tuerkei-selbstwaffen-entwickelt/25803166.html> (24.7.2020).
- <https://www.tagesspiegel.de/politik/tuerkei-erst-mals-als-autokratie-eingestuft-erdogans-regierung-teilt-erneut-gegen-zivilgesellschaft-aus/25796090.html> (24.7.2020).
- <https://www.tagesspiegel.de/politik/ankaras-aufrestungsplaene-warum-die-tuerkei-selbstwaffen-entwickelt/25803166.html> (24.7.2020).
- Ebd.
- <https://www.sueddeutsche.de/politik/tuerkei-libyen-truppenstationierung-1.4958431> (24.7.2020).
- <https://www.nzz.ch/international/libyen-konflikt-die-wichtigsten-fragen-zur-schlacht-um-tripolis-ld.1477595> (24.7.2020).
- Ebd.
- <https://www.welt.de/newsticker/news1/article203191536/Ruestung-UN-Bericht-wirft-Jordanien-Tuerkei-und-Emiraten-Verstoss-gegen-Libyen-Waffenembargo-vor.html> (1.6.2020).
- <https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-10/tuerkische-militaeroffensive-nordsyrien-ein-marsch-kurden-ypg> (20.7.2020).
- <https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-10/nordsyrien-offensive-tuerkei-konflikt-krieg-voelkerrechtswidrig/komplettansicht> (24.7.2020).
- <https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-10/tuerkei-nordsyrien-offensive-kurden-rueckzug-sicherheitszone> (24.7.2020).
- <https://www.theguardian.com/world/2019/oct/17/shifting-frontlines-syria-leave-aid-agencies-struggling-respond> (24.7.2020).
- <https://www.tagesspiegel.de/politik/tuerkei-weitet-einfluss-in-nordsyrien-aus-erst-die-soldaten-dann-das-geld/25932956.html> (24.7.2020).
- Ebd.



Prof. Dr. Stefan Goertz
Professor für Sicherheitspolitik, Extremismus- und Terrorismusforschung
Hochschule des Bundes
D-23562 Lübeck

Informationsraum

Die Wahrnehmung unserer Milizarmee durch die Bevölkerung ist für mich absolut zentral. Mir geht es dabei nicht in erster Linie darum, ob die Tenues unserer Rekrutinnen und Rekruten im Ausgang immerzu perfekt sind. Mir geht es um viel Grundlegenderes: Viele wissen, was wir tun, und einige wissen auch, wie wir es tun. Aber das reicht nicht: Wir müssen wieder allen erklären, warum wir es tun.



Zusammen mit der Armeeführung bin ich aktuell daran, die Vision «Schweizer Armee 2030» zu erarbeiten. Stand heute sind darunter sieben Themen zusammengefasst. Zuvorderst steht die Wahrnehmung der Schweizer Armee. Die damit verbundene Vision lautet, dass wir anerkannte Leistungen für die Sicherheit der Schweiz erbringen. Unsere Bevölkerung soll ihre Milizarmee als Schweizer Bürgerinnen und Bürger wahrnehmen, die in Uniform besondere Aufgaben wahrnehmen, um damit unsere Sicherheit und Freiheit zu gewährleisten. Genau diese Form der Wertschätzung lässt unsere Armeeinghörigen die Sinnhaftigkeit ihrer Aufgabe erkennen und wirkt darüber hinaus motivierend.

Selbstverständlich wollen wir überprüfen können, ob unsere Vision im Jahr 2030 Realität geworden ist. Aus diesem Grund haben wir konkrete Ambitionen definiert. Eine davon lautet: «Die Armee hat in den letzten zehn Jahren alle Einsätze, sei es im Inland oder in der Friedensförderung, erfüllt.» Somit möchte ich grundsätzlich auch nicht mehr von Wiederholungskursen sprechen, sondern von Einsatzvorbereitung. Jeder einzelne Tag im Dienst soll der Vorbereitung auf mögliche Einsätze dienen.

Unsere Milizarmee drängt sich nicht auf. Aber wenn es sie braucht, ist sie bereit. Denn sie besteht aus Schweizer Bürgerinnen und Bürger, die sich einsetzen für die Sicherheit und Freiheit von uns allen.

Korpskommandant
Thomas Süssli
Chef der Armee